EP-W-01-920

A – Was Wohlstand schützt

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 919 bis 921 einfügen:
Die Automobilindustrie ist ein zentraler Industriezweig in Deutschland und bietet viele Arbeitsplätze. Wir wollen sie auch deshalb auf dem Weg der Antriebswende unterstützen.

Monster-SUV (Sport Utility Vehicle) belasten unsere Städte. Notwendig ist eine City-Maut und eine deutlich erhöhte SUV-Zulassungssteuer bei Erstregistrierung oder Ummeldung von emissionsintensiven Fahrzeugen. Bei Fahrzeugen deutlich unter 95 g CO2/km muss eine geringe Besteuerung, eine CO2-basierte Reform der Kfz-Steuer, mit Bonus-/Malusausgestaltung, bei Fahrzeugen darüber mit hoher exponentiell steigender Besteuerung nach CO2-Ausstoß erfolgen. Das Dieselprivileg und die Möglichkeit einer Dienstwagen-Zulassung müssen abgeschafft werden.

Begründung

Wir brauchen jetzt eine ehrliche Verkehrswende, damit alle Menschen Saubere Luft atmen können und unsere Städte wieder lebenswert werden. Monster-SUV bedrohen Fahrradfahrer und Fußgänger, vergiften mit ihren Abgasen die Atemluft und tragen mit ihren hohen CO2-Emissionen zur Klimakatastrophe. Die SUV-Armada wächst jedoch rasant: Im Jahr 2019 wurden in Deutschland erstmals über eine Million dieser Fahrzeuge neu zugelassen. Jedes dritte in Deutschland neu zugelassene Auto ist heute ein SUV oder ein Geländewagen. Und SUVs wachsen unter allen Fahrzeugsegmenten mit 21 Prozent weiter am stärksten an. SUV haben aktuell einen Marktanteil von mehr als 40 Prozent bei den Neuzulassungen.[1] Der Verkauf der Riesenfahrzeuge bringt für Autokonzerne besonders hohe Gewinnmargen. Daher sind sie bei VW so beliebt, dass die Modellpalette in den kommenden Jahren auf 30 Modelle noch deutlich ausgebaut und der Verkauf auf 50 % der Neuwagenflotte angekurbelt werden soll. Um die Nachfrage zu befeuern, stecken die Hersteller rund die Hälfte ihres Marketingbudgets in die Bewerbung von SUV als Lifestyle-Fahrzeuge für Abenteuer im „urban jungle“. Die Nutzung muss massiv verteuert oder gar ganz verboten werden. Sie sind für Fußgänger und Radfahrer ein vielfach größeres Risiko im Straßenverkehr als gewöhnliche Pkw. Den Boom dieser gefährlichen Autos fördert auch die steuerliche Begünstigung von Diesel. Die niedrigen Spritkosten machen den Unterhalt der Spritfresser billiger und ermöglichen den Autoherstellern, massiv auf große Dieselmodelle wie SUVs zu setzen. Dieses Dieselprivileg gehört wesentlich zu den vom Umweltbundesamt kritisierten umweltschädlichen Subventionen und kostet den Steuerzahlern rund acht Milliarden Euro pro Jahr.[2]

[1] https://www.auto-motor-und-sport.de/verkehr/suv-neuzulassungen-deutschland-juni-2023-daten-zahlen/

[2]https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/2022_fb_mobilitaet_neu_steuern_bf.pdf

weitere Antragsteller*innen

Anna Katharina Boertz (KV Celle); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Dorothea Martin (KV Barnim); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Michael Kosthorst (KV Wesel); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Finn Schwarz (KV Tübingen); Ulf Zimmermann (KV Mittelsachsen); Marcus Kossatz (KV Görlitz); Steffen Pichl (KV Fulda); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Tilo Schneider (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge); Rainer Albrecht (KV Heilbronn); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Matthias Striebich (KV Forchheim); Maria Regina Feckl (KV Erding); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.